GS-SZ-01-054-2

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Bündnis90/ Die Grünen Holzminden
Beschlussdatum:	26.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 54 bis 66:
Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die ~~private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern.~~betriebliche Altersvorsorge stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor, die Versicherungskonzerne profitieren und die Anlageprodukte sind nicht kundenfreundlich. Wir werden die unsinnige, private Altersvorsorge abschaffen und die Fördermittel verwenden, um die gesetzliche Rente zu stärken.

Begründung

Wie im Programmentwurf beschrieben, ist die staatlich geförderte, private Altersversorgung gescheitert und gehört ersatzlos abgeschafft.